



NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.03.2022,

in der Jugendstilfesthalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 17:00

Ende: 20:25



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner



AfD

Norbert Herrmann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

FWG

Hermann Eichhorn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Freiermuth beantragte, den Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung zu streichen und ihn um ein Jahr zu schieben. Diese Vorlage berühre unmittelbar die Ortsteile, sei aber in keinem Ortsbeirat beraten worden.

Der Vorsitzende betonte die Notwendigkeit, heute über diese Vorlage zu entscheiden.

Der Stadtrat stimmte mehrheitlich mit 24 Ja- und 18 Nein-Stimmen für die Absetzung des Punktes.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde seitens der Verwaltung und auch auf Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion die Beschlussfassung hierzu nochmals überprüft.

Der Vorsitzende stellte fest, dass für die Absetzung eines Tagesordnungspunktes eine Zwei-Drittel-Mehrheit und nicht wie ursprünglich gedacht eine einfache Mehrheit erforderlich sei. Daher müsse über den Absetzungsantrag von Herrn Freiermuth nochmals abgestimmt werden.

Bei der erneuten Abstimmung stimmte der Stadtrat mehrheitlich mit 16 Ja-, 17 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen gegen die Absetzung des Punktes.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/351/2022
4. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen
gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)
Vorlage: 240/150/2022
5. Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung
Vorlage: 300/045/2022
6. Neufassung der Feld- und Weinbergswegesatzung und Beschluss einer Starenschutzbeitragsatzung, Einstellung des Starenschutzes, Änderungen bei der Beitragserhebung
Vorlage: 300/046/2022
7. Personalstelle Klimaschutz
Vorlage: 350/213/2022



8. Erweiterung des Geothermiekraftwerks Landau; fachliche Beratung und Prüfung der Erweiterungen durch einen Gutachter im Hinblick auf eine mögliche Beeinträchtigung städtischer Belange, Auftragsvergabe und Mittelbereitstellung
Vorlage: 350/214/2022
9. Auftragsvergabe Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) für die Jahre 2022 bis 2025
Vorlage: 350/215/2022
10. Auftragsvergabe für die Bauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Ostparks
Vorlage: 350/216/2022
11. Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der erneuten Erweiterung der Grundschule Dammheim
Vorlage: 400/233/2021
12. Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd“
Vorlage: 610/697/2022
13. Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" (ehemals Soziale Stadt) in Landau in der Pfalz; Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes "Sozialer Zusammenhalt Landau Nord" (ISEK-Nord); Beteiligungsprozess
Vorlage: 610/698/2022
14. Bebauungsplan "GS 9, Am Kalkgrubenweg"; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/699/2022
15. Änderung der Gemeindegrenzen Landau in der Pfalz / Offenbach
Vorlage: 620/039/2021
16. Verbandsordnung für den Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd
Vorlage: 660/304/2022
17. Ablösung von Ausgleichsbeträgen gemäß § 154 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes "Konversion Landau Süd" der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 680/262/2022
18. Umbau Verkehrsknoten Am Schlüssel in Landau in der Pfalz, Vergabe von Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/265/2022
19. Ausbau der nördlichen Fortstraße in Landau in der Pfalz, Vergabe von Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/266/2022



20. Ausbau der Martin-Luther-Straße in Landau in der Pfalz
Vergabe von Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/267/2022
21. Ausbau Neue Mitte Dammheim und der Bornheimer Straße in Landau in der Pfalz,
Vergabe von Straßen- und Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: 680/268/2022
22. Vergabe Jahreszeitvertrag für Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen (Los 1) und Wirtschaftswegen (Los 2) für die Zeit vom 01.04.2022 bis 31.12.2024 in Landau in der Pfalz
Vorlage: 680/269/2022
23. Eintrittspreis Anpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.04.2022
Vorlage: 700/019/2022
24. Straßenbenennungen in Landau
- 24.1. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Umbenennung der Hindenburgstraße
Vorlage: 101/637/2022
- 24.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verfahren bei Straßenumbenennungen
Vorlage: 101/638/2022
- 24.3. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Anlegen einer Namenssammlung bedeutender Frauen
Vorlage: 101/642/2022
25. Krieg in der Ukraine - mögliche Aufnahme von Kriegsflüchtlingen
- 25.1. Krieg in der Ukraine – Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel zur Aufnahme von Flüchtlingen
Vorlage: 240/153/2022
- 25.2. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Erklärung der Stadt Landau zur Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten im Rahmen ihrer Position als Sicherer Hafen
Vorlage: 101/640/2022
- 25.3. Ergänzungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bereitstellung von Zimmern und Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine
Vorlage: 101/645/2022
26. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsführung in der Hindenburgstraße
Vorlage: 101/641/2022
27. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Stellplatzsatzung
Vorlage: 101/643/2022
28. Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Leerstand in Landau reduzieren
Vorlage: 101/644/2022



29. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung/Abschaffung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten
Vorlage: 101/639/2022
30. Wahl eines ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau
31. Ernennung des ehrenamtlichen Beigeordneten, Vereidigung, Einführung in das Amt und Übertragung des Geschäftsbereiches; Verabschiedung des bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten
32. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Aydin Tas über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Tas ist für Armin Schowalter in den Stadtrat nachgerückt, da dieser sein Mandat zum 28. Februar 2022 niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Tas gemäß § 30 der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 28. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- 1. Herrn Aydin Tas, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Mobilitätsausschuss, den Umweltausschuss und den Sozialausschuss
sowie als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss**
- 2. Herrn Dr. Hans-Jürgen Blinn, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Kulturbeirat und als stellvertretendes Mitglied in den
Sportausschuss;**
- 3. Herrn Hermann Demmerle, Landau in der Pfalz
als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss;**
- 4. Herrn Prof. Dr. Hannes Kopf, Landau in der Pfalz
als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss und den
Universitätsausschuss;**
- 5. Herrn Martin Schlimmer-Bär, Landau in der Pfalz;
als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss;**
- 6. Herrn Klaus Eisold, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Verwaltungsrat Sparkasse Südpfalz
und als stellvertretendes Mitglied in den Mobilitätsausschuss;**
- 7. Frau Jenny Braun, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Sozialausschuss;**
- 8. Frau Henrike Ingenthron, Landau in der Pfalz
als stellvertretendes Mitglied in den Sozialausschuss;**
- 9. Herrn Tobias Dreher, Landau in der Pfalz
als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und
Wohnen;**
- 10. Frau Melanie Weißler-Becker, Landau in der Pfalz
als stellvertretendes Mitglied in den Schulträgerausschuss;**
- 11. Herrn Moritz Ranalder, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Universitätsausschuss.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 20. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr (Feuerwehrgebührensatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neufassung der Feld- und Weinbergswegesatzung und Beschluss einer Starenschutzbeitragsatzung, Einstellung des Starenschutzes, Änderungen bei der Beitragshebung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 2. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe in der Gemarkung Landau ein weit verzweigtes Feldwegenetz. So gleiche das ganze der Quadratur eines Kreises mit auf der einen Seite einem objektiven Sanierungsstau und der anderen Seite, die Landwirte und die Winzer zu schonen. Rechnungshof und ADD würden nun strengere Maßstäbe fordern. Das Verfahren zur Neuaufstellung habe man mit der Bauern- und Winzerschaft abgestimmt.

Herr Joritz bestätigte, dass man eine rechtliche Überprüfung der Satzung vorgenommen habe. Die bisherige Satzung sei in einigen Punkten fehlerhaft. Wenn man diese Fehler nicht korrigiere, würde dies zu erfolgreichen Widerspruchs- bzw. Klageverfahren führen. Dies würde dazu führen, dass man Feldwegeausbaumaßnahmen nicht durchführen könnte. Mit dem Bauern- und Winzerverband habe man diese Satzung ausgiebig besprochen. Noch nicht einig sei der Bauern- und Winzerverband hinsichtlich des Ausstiegs aus dem Starenschutz. Und die Bauern und Winzer wünschen sich einen möglichst hohen Gemeindeanteil beim Feldwegeausbau. In allen anderen Punkten sei der Bauern- und Winzerverband teils die treibende Kraft gewesen. Wenn man die geänderte Satzung heute nicht beschließe, würde die derzeitige Satzung mit all ihren rechtlichen Unsicherheiten weiter gelten.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es Beanstandungen durch den Landesrechnungshof gebe. Dieser verlange regelmäßig einen Gemeindeanteil von 0 %. Man mache jetzt den vermittelnden Vorschlag für 5 % Gemeindeanteil. Entgegen der Sitzungsvorlage müsse über den Starenschutz heute nicht zwingend beschlossen werden.

Ratsmitglied Leiner hielt es für eine gute Lösung, dass künftig jährlich abgerechnet werde. Es gebe im Bereich der Stadt und der Stadtdörfer einige Feldwege, die dringend gemacht werden müssen. Auch gebe es in seinem Berufsstand viele, die die Vorteile bei der Nutzung der Feldwege durch Radfahrer sehen würden. Man sei auch gemeinsam mit CDU und FDP dafür, dass die Verwaltung den Starenschutz bis Ende 2023 weiter mache. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Eggert unterstützte das Vorhaben, die Ortsteile mit Radwegen zu verbinden und hierfür die landwirtschaftlichen Wege zu nutzen. Man sollte allerdings bestimmte Themen nicht miteinander vermischen. Heute gehe es nur um den Feldwegebeitrag und den Starenschutz. Nach seiner Auffassung seien die Bauern und Winzer sehr kompromissbereit. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Feldwegesatzung zu. Der Starenschutz sei kein monetäres, sondern eher ein emotionales Problem. Von daher bitte man Punkt 3 des Beschlussvorschlages heute zu verschieben.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die Änderung der Feldwegebeiträge bisher immer in den Ortsbeiräten beraten worden sei. Auch mit dieser Vorlage ändere man die Gebührenstruktur, daher seien hier seiner Meinung nach die Ortsbeiräte zu beteiligen. Man sehe hier insgesamt noch Erörterungsbedarf, daher beantrage die SPD-Stadtratsfraktion die Verschiebung bis die Ortsbeiräte beteiligt sind.



Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion der Verschiebung zustimmen werde. Man entscheide hier über Ortsteile und die Ortsbeiräte würden übergangen. Dass die Diskussion über die Radwege herausgenommen wurde, begrüße er ausdrücklich.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Ortsbeiräte beteiligt werden sollten. Man begrüße daher den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Verschiebung.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages zu. Bei Punkt 3 sei man ebenfalls der Meinung, dies noch ein Jahr zu schieben.

Ratsmitglied Emmerich unterstrich, dass die Vorlage an sich eine gute Idee sei. Allerdings sehe man auch, dass eine gewisse Bedenkzeit noch gut sein könnte. Daher werde man dem Antrag auf Verschiebung zustimmen.

Der Vorsitzende stellte dann zunächst den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Vertagung des Punktes bis zur Beteiligung der Ortsbeiräte zur Abstimmung.

Der Stadtrat lehnte den Antrag auf Verschiebung der Vorlage mehrheitlich mit 18 Ja- und 25 Nein-Stimmen ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 11 Nein-Stimmen:

- 1. den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für die Feld- und Weinbergswege“ als Satzung.**

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 10 Nein-Stimmen:

- 2. den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Beiträgen für den Starenschutz“ als Satzung.**

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 9 Nein-Stimmen:

- 3. Der Starenschutz wird zunächst weiter von der Stadtverwaltung organisiert und abgerechnet bis der Stadtrat einen neuen Beschluss hierzu fasst.**

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Feld- und Weinbergswegebeiträge (und die Starenschutzbeiträge, falls noch erforderlich) ab dem 01.01.2023 analog der Erhebung wiederkehrender Beiträge für Verkehrsanlagen über eigenständige Beitragsbescheide von der Bauverwaltungsabteilung des Stadtbauamts und nicht mehr zusammen mit der Grundsteuer von der Steuerabteilung der Finanzabteilung erhoben werden.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Personalstelle Klimaschutz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 3. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Klimaschutzmanagerin, Frau Dern, werde in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses einen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder fand es wichtig, eine Klimaschutzmanagerin zu haben. Dadurch werde Klimaschutz vor Ort umgesetzt.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck begrüßte ebenfalls die Vorlage. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze dies und stimme zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Fortführung der Personalstelle der Klimaschutzmanagerin.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für einen Förderzeitraum von weiteren zwei Jahren zu beantragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Erweiterung des Geothermiekraftwerks Landau; fachliche Beratung und Prüfung der Erweiterungen durch einen Gutachter im Hinblick auf eine mögliche Beeinträchtigung städtischer Belange, Auftragsvergabe und Mittelbereitstellung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 16. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei das Ziel des Betreibers, das Kraftwerk um eine dritte Bohrung zu erweitern. Hierfür sei jetzt auch ein bergrechtlicher Antrag gestellt. Dieses Verfahren wolle man als Stadt mit einem eigenen Gutachter begleiten. Parallel gehe es auch um das Thema Lithium-Extraktion. Hierfür würden verschiedene Standorte diskutiert.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass dies ein sehr kompliziertes Gebiet sei. Sie sei froh, dass man hierfür eine gute Firma gefunden habe, die dies fachlich begleite.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte ausdrücklich diese Vorgehensweise. Die FWG stehe der Geothermie grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Man sollte den Blick bei diesem Thema aber nicht nur auf Landau fokussieren. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Firma Montanes GmbH, Kriegstr. 39, 76133 Karlsruhe, vertreten durch die Geschäftsführung, Herrn Dr. Johannes Gottlieb, wird auf der Grundlage ihres Angebotes vom 28.01.2022 (Beauftragung auf Stundenbasis zum Preis von maximal 178,50 Euro/h inkl. MwSt) beauftragt, die Stadt Landau im Verfahren zur Erweiterung des Geothermiekraftwerkes (3. Bohrung) im Hinblick auf mögliche städtische Belange fachlich zu beraten und zu unterstützen. Der Gesamtauftragswert soll einen Betrag von 30.000 Euro nicht überschreiten.**
- 2. Für die Beauftragung werden 30.000 Euro im Vorgriff auf den Haushalt 2022 bereitgestellt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Auftragsvergabe Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) für die Jahre 2022 bis 2025

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 22. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Sandreinigung auf städtischen Flächen (Spielplätze, Schulen, Kindergärten, Sportplätze) in den Jahren 2022 bis 2025 soll in Höhe von 152.320,00 Euro an die Firma Sandmaster vergeben werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Auftragsvergabe für die Bauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Ostparks

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 23. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag für die Bauarbeiten zur Sanierung und teilweise Neugestaltung des Ostparks soll in Höhe von 2.638.649,82 Euro an die Firma Bienco vergeben werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinde Offenbach bei der erneuten Erweiterung der Grundschule Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 20. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den beigefügten 2. Nachtrag zur Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an den Modernisierungskosten der Grundschule Landau-Dammheim vom 30.10.2006/03.11.2006.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage 1 gekennzeichnete bzw. in § 2 der „Satzung über die Teilaufhebung der „Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches Konversion Landau Süd““ beschriebene, in der Gemarkung Landau gelegene Gebiet, wird der Entwicklungsbereich gemäß § 162 Abs. 1 S. 2 i. V. m. § 162 Abs. 2 BauGB aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss über die Teilaufhebung gem. § 162 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen, dem Grundbuchamt die Aufhebung des Entwicklungsvermerkes gem. § 162 Abs. 3 BauGB mitzuteilen und die Ausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB zu ermitteln und zu erheben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" (ehemals Soziale Stadt) in Landau in der Pfalz; Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes "Sozialer Zusammenhalt Landau Nord" (ISEK-Nord); Beteiligungsprozess

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dies sei ein sehr wichtiges Projekt für den sozialen Zusammenhalt, gerade auch im Horst. Die Förderkulisse ermögliche einiges an Maßnahmen. Hierzu werde es auch eine umfassende Bürgerbeteiligung geben, die bereits angelaufen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Einleitung der Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes gemäß § 171e (Maßnahmen der Sozialen Stadt) Abs. 4 BauGB einschließlich der dazu erforderlichen Voruntersuchungen für das Voruntersuchungsgebiet „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß Anlage 1.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über den Beginn der Aufstellung des ISEK „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß § 171e Abs. 4 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Beteiligung bei der Erstellung des ISEK „Sozialer Zusammenhalt Landau Nord“ gemäß § 171e Abs. 5 BauGB durchzuführen. Dem in der Begründung erläuterten Beteiligungsaufbau wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Bebauungsplan "GS 9, Am Kalkgrubenweg"; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Offenlage nach § 3 Abs.2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung vom Mai 2021 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom 08.11.2021 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zu der Entwurfsfassung vom Mai 2021 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 08.11.2021 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs.2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zu der Entwurfsfassung vom November 2021 entsprechend den in der als Anlage 6 beigefügten Synopse vom 11.01.2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
4. Der Bebauungsplan „GS 9, Am Kalkgrubenweg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom Januar 2022 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Änderung der Gemeindegrenzen Landau in der Pfalz / Offenbach

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Gemarkungs- und Kreisgrenze nach dem Ausbau des Kreisverkehrs und der Straßenschlussvermessung zugunsten der Stadt Landau in der Pfalz gemäß dem Vorschlag 1, wie im beigefügten Lageplan dargestellt, zu ändern und damit die Gemarkung Mörnheim um eine Fläche von ca. 5.565 qm aus dem Flurstück Nr. 835/36, Gemarkung Offenbach, zu vergrößern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verbandsordnung für den Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Ablösung von Ausgleichsbeträgen gemäß § 154 Baugesetzbuch (BauGB) für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes "Konversion Landau Süd" der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Januar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Ablösung von Ausgleichsbeträgen für den Bereich des städtebaulichen Entwicklungsgebietes „Konversion Landau Süd“ gemäß § 154 Absatz 3 Satz 2 BauGB wird zugelassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

**Umbau Verkehrsknoten Am Schlössel in Landau in der Pfalz,
Vergabe von Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Straßenbauarbeiten (Los 1) zum Umbau des Verkehrsknoten Am Schlössel in Landau in der Pfalz ist der Firma Eiffage Infra-Südwest GmbH, Alzey, zu dem Preis ihres Angebotes vom 26.01.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 556.273,90 Euro zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

**Ausbau der nördlichen Fortstraße in Landau in der Pfalz,
Vergabe von Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tief- und Straßenbauarbeiten zum Ausbau der nördlichen Fortstraße ist der Firma Joh. Schön & Sohn Bau GmbH, Speyer, zu dem Preis ihres Angebotes vom 25.01.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 782.277,54 Euro zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Ausbau der Martin-Luther-Straße in Landau in der Pfalz
Vergabe von Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Straßenbauarbeiten (Los 2) und der anteiligen Baustelleneinrichtung (Los 1) zum Ausbau der Martin-Luther-Straße in Landau in der Pfalz ist der Firma Schleith GmbH, Karlsruhe, zu dem Preis ihres Angebotes vom 08.02.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 785.946,18 Euro zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Ausbau Neue Mitte Dammheim und der Bornheimer Straße in Landau in der Pfalz,
Vergabe von Straßen- und Landschaftsbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Der Auftrag zur Ausführung der Landschaftsbauarbeiten zum Ausbau der Neuen Mitte Dammheim (Los 1) ist der Firma Kühnle GmbH & Co.KG, Reilingen, zu den Preisen ihres Angebotes vom 25.01.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 378.542,30 Euro zu erteilen.**
2. **Der Auftrag zur Ausführung der Straßenbauarbeiten zum Ausbau der Bornheimer Straße (Los 2) ist der Firma Joh. Schön & Sohn Bau GmbH & Co.KG, Speyer, zu den Preisen ihres Angebotes vom 25.01.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 148.573,88 Euro zu erteilen**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Vergabe Jahreszeitvertrag für Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen (Los 1) und Wirtschaftswegen (Los 2) für die Zeit vom 01.04.2022 bis 31.12.2024 in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Der Auftrag zur Ausführung der Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Verkehrsflächen in Landau in der Pfalz (Los 1) ist der Firma Simsek Bau GmbH, Herxheim, zu den Preisen ihres Angebotes vom 14.02.2022 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 554.993,21 Euro zu erteilen.**
2. **Der Auftrag zur Ausführung der Instandhaltungsarbeiten an Wirtschaftswegen in Landau in der Pfalz (Los 2) ist der Firma Baab Tief- und Straßenbau GmbH & Co. KG, Neustadt, zu den Preisen ihres Angebotes vom 14.02.2022, einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 371.006,24 Euro zu erteilen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Eintrittspreis Anpassungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.04.2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Zoo vom 3. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass ihm die Höhe der Anpassung der Eintrittspreise Sorge bereite. Man hätte sich eine geringere Anpassung gewünscht. Daher werde die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Blinn hielt es für wichtig, möglichst vielen Menschen den Zugang zum Zoo zu ermöglichen. Trotz der nicht ganz unproblematischen Erhöhung werde die SPD-Stadtratsfraktion zustimmen. Im Gespräch mit dem Zoodirektor sei klar geworden, dass diese Erhöhung notwendig sei. Der Betrieb müsse weitergeführt werden.

Ratsmitglied Lerch bat um Erläuterung, ob der Unterhalt des Zoos freiwillige Leistungen seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass ein Zoo nicht zu einer Pflichtaufgabe der Kommune gehöre.

Ratsmitglied Emmerich war der Meinung, dass dies ein ganz schlechter Zeitpunkt für eine Erhöhung der Eintrittspreise sei. Der Zoo freue sich großer Beliebtheit. Gerade daher finde man eine Erhöhung gerade zum jetzigen Zeitpunkt nicht gut.

Ratsmitglied Kleemann gab zu bedenken, dass im Zoo Sanierungen anstehen würden. Daher stimme die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

- 1. Die Anpassung der Eintrittspreise im Zoo Landau in der Pfalz wird, wie in der Begründung erläutert und vorgeschlagen, zum 01.04.2022 beschlossen.**
- 2. Die Änderung der Benutzungsordnung für den Zoo der Stadt Landau in der Pfalz wird entsprechend beschlossen und neu bekannt gemacht.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Straßenbenennungen in Landau

Der Vorsitzende wies auf die vorliegenden Anträge der LINKE-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der GRÜNE-Stadtratsfraktion hin. Man werde diese Anträge gemeinsam beraten. Im nächsten Sitzungslauf werde es eine Verwaltungsvorlage zu der Thematik Straßenbenennungen geben. Von daher schlage er vor, sowohl über den Antrag der LINKE als auch der CDU im Gesamtkontext der Vorlage abzustimmen. Den Antrag der Grünen könne man heute abstimmen.

Ratsmitglied Schreiner begründete den Antrag seiner Fraktion. Aus seiner Sicht wäre Esther Bejarano ein geeigneter Name für die Hindenburgstraße. Die beiden anderen Anträge der Grünen und der CDU werde man ebenfalls unterstützen. Mit dem Vorschlag, über den Antrag beim nächsten Mal abzustimmen, sei man einverstanden.

Ratsmitglied Lerch war verwundert über die Diskussion der vergangenen Monate. Man habe im Stadtrat schon mehrfach dieses Thema gehabt. Jeder habe irgendwie irgendeinen Vorschlag. Es gehe aber grundsätzlich darum, welches Konzept man für die Benennung oder Umbenennung von Straßen wolle. Dies dürfe nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden. Daher gehe er davon aus, dass alle Anträge in den Gesamtkontext dieses Themas einfließen.

Ratsmitglied Saßnowski begründete den Antrag ihrer Fraktion. Man wolle beginnen, eine Sammlung von Frauennamen anzulegen, auf die dann zurückgegriffen werden könne. Bevor Namen in die Liste kommen, sollten sie überprüft werden. Eine solche Sammlung binde auch Bürgerinnen und Bürger ein in die Gestaltung ihrer Stadt. Deshalb wolle man einen Schritt hin machen zur Sichtbarkeit von Frauen.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass man heute keine Anträge entscheiden solle. Man sollte den Auftrag des Stadtarchivs lesen und bewerten. Wenn man dann einige Straßen umbenenne, sollte die Stadt die Kosten für die Bürger übernehmen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG grundsätzlich nicht für die Umbenennung von Straßen sei. Man sei der Meinung, dass man zu seiner Geschichte stehen sollte. Der Antrag der Grünen zu Frauennamen sei eine Vorfestlegung. Vielmehr begrüße man den Antrag der CDU-Fraktion, die Bürger einzubinden.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass man bereits eine Festlegung habe, dass man Frauen bei Straßenbenennungen bevorzuge. Von daher finde sie eine Benennung einer Straße mit einer Frau gut. Sie begrüße den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion. Allerdings müsse man langsam in die Pötte kommen, da sonst eine Zerfaserung drohe. Sie sei aber total gegen den Antrag der CDU, die nur die Bewohner der Straße befragen wolle. Dies gehe aber die ganze Stadt an. Es werde Zeit, dass die Hindenburgstraße umbenannt wird. Sie sehe die Gefahr, es wieder zu verschieben.

Ratsmitglied Dr. Wissing konnte dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen. Dies alleine schon wegen des Aufwands den die Anwohnerinnen und Anwohner bei einer Umbenennung hätten. Dies wären unverhältnismäßig hohe Kosten. Man müsse auch zu seiner Geschichte stehen. Die Anträge der CDU und der Grünen sehe man positiv.

Ratsmitglied Rocker hielt es für wichtig, an den zwei Stufen festzuhalten. Die Stufe 1, ob man eine Straße umbenenne, prüfe das Stadtarchiv ja gerade. Erst wenn man diese



Entscheidung getroffen habe, gehe es in der zweiten Stufe darum, wie man die Straße dann neu benenne. Es sei völlig kontraproduktiv, dies in der Diskussion immer wieder zu vermischen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24.1. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Umbenennung der Hindenburgstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 14. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 24 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und beschloss:

Der Antrag wird in Abstimmung mit dem Antragsteller in das weitere Verfahren aufgenommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24.2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verfahren bei Straßenumbenennungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 24 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und beschloss:

Der Antrag wird in Abstimmung mit dem Antragsteller in das weitere Verfahren aufgenommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24.3. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Anlegen einer Namenssammlung bedeutender Frauen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 27. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 24 verwiesen.

44

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

Die Stadt legt eine Namenssammlung bedeutsamer Frauen an, auf die bei der Benennung oder Umbenennung von Straßen, Plätzen, Kreiseln Treppen oder ähnlichem zurückgegriffen werden muss. Diese Sammlung soll sukzessive erweitert werden und Vorschläge sollen vor Aufnahme in die Sammlung durch das Stadtarchiv überprüft werden.

Bei Umbenennungen oder Straßenbenennungen in den Stadtdörfern können Anwohnerinnen und Anwohner aus der Sammlung auswählen und so mitbestimmen.

Die eingereichte Liste wird nach Prüfung durch das Stadtarchiv den Anfang darstellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Krieg in der Ukraine - mögliche Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 3. März 2022 sowie die vorliegenden Anträge der LINKE-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion. Man werde die Anträge gemeinsam mit der Vorlage beraten. Er danke allen, die eine große Welle an Hilfsbereitschaft losgetreten hätten. Die Gesamtsituation sei von vielen Unklarheiten und Unsicherheiten geprägt. Man lege den Menschen die Unterstützung von Hilfsorganisation nahe vor allem mit Geldspenden. Die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie der EU sei in Kraft gesetzt worden. Demnach dürften sich ukrainische Staatsangehörige 90 Tage frei in der EU bewegen. Man habe aufgerufen, entsprechenden Wohnraum zu melden. Es gebe genügend Wohnungsangebote, so dass man auf diesem Wege über 200 Menschen in Landau unterbringen könne. Das GML prüfe alle diese Wohnungsangebote. Darüber hinaus gehe es auch um Sonderimmobilien, die derzeit leer stehen. Geprüft werde eine eigene Containerunterkunft, falls man nicht genügend Wohnraum gemeldet bekomme. Parallel prüfe man zudem die Errichtung von Notunterkünften. Aktuell seien etwa 30 Personen bei der Ausländerbehörde registriert. Im Bereich der Schulen und Kitas stehe man entsprechend ebenfalls vor Herausforderungen. Weiteres Thema sei das Impfen, da nur ca. 35 % der ukrainischen Staatsbürger geimpft sei. Daher wolle und müsse man schnellstmöglich Impfangebote unterbreiten.

All dies bringe einen hohen Verwaltungs- und Beratungsaufwand mit sich. Dies führe dazu, dass man auch Personalkapazitäten erhöhen müsse. Um all dies zu leisten, brauche man Haushaltsmittel. Daher diese Vorlage, für die er um Zustimmung bitte. Die Verwaltung sei auf dem Weg ihre Aufgaben der Daseinsfürsorge wahrzunehmen.

Ratsmitglied Saßnowski zeigte sich sprachlos vor Entsetzen, was dort in der Ukraine passiere. Es sei wichtig, nicht zu schweigen, sondern zu handeln. Sie schließe sich dem Dank des Oberbürgermeisters an die Bürger an und sie danke auch der Verwaltung, die sofort aktiv geworden sei. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage und den Anträgen zu.

Ratsmitglied Bakhtari war der Meinung, dass die Situation der Menschen in der Ukraine dazu verpflichte, uns bewusst zu machen wofür man stehe. Man könne den Krieg nicht stoppen, aber unsere Haltung zeigen das man zur Ukraine stehe. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze die Verwaltungsvorlage.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion zum Handeln der Verwaltung. Man müsse aber aufpassen, dass man hier keine Zwei-Klassen-Flüchtlingsgesellschaft aufmache. Ein großes Augenmerk müsse auch auf den Menschen liegen, die bereits bei uns sind.

Ratsmitglied Gies unterstrich, dass das, was in der Ukraine passiere, eine große menschliche Tragödie sei. Hier zu helfen, sei moralische und christliche Pflicht. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man sich darauf einstellen müsse, dass vor allem Frauen und Kinder auf der Flucht seien. Es würden hier viele traumatisierte Menschen ankommen, dies sei eine Herkulesaufgabe. Die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen, die Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen sei eine ganz große Herausforderung. Was die Unterbringung der Menschen angehe, sollte eine Containerlösung nicht im Vordergrund stehen. Man sollte vielmehr auf das sehr



bewährte System der dezentralen Unterbringung setzen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass Krieg in Europa herrsche. Ein Krieg gegen die freiheitliche Weltordnung. Nichts rechtfertige dieses Kriegstreiben. Es müsse geholfen werden sowohl auf Bundes-, aber auch auf kommunaler Ebene. Schnelle Hilfe sei unausweichlich, dies sei von großer Wichtigkeit. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schreiner betonte, dass die Menschen die sich auf den Weg gemacht hätten, um diesem sinnlosen Krieg zu entfliehen, Solidarität brauchen. Er danke der Verwaltung und allen ehrenamtlichen, die hier tätig seien. Man unterstütze alle Anträge, die hier vorliegen zu diesem Thema.

Beigeordneter Hartmann unterstrich, dass man die Containerlösung jetzt schon ins Auge fassen müsse, da man in vier Wochen keine mehr bekomme.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25.1. (öffentlich)

Krieg in der Ukraine – Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel zur Aufnahme von Flüchtlingen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 3. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 25 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 1.000.000 Euro.
2. die Verwaltung zu ermächtigen, in Abhängigkeit der weiteren Entwicklung/im Bedarfsfall weitere außerplanmäßige Mittel in Höhe von 300.000 Euro bereitzustellen und zu verausgaben. Vor Inanspruchnahme soll der Hauptausschuss oder Stadtrat informiert werden. In Fällen der Eilbedürftigkeit/sitzungsfreien Zeit ermächtigt der Stadtrat den Oberbürgermeister auf Grundlage des § 48 GemO zur Eilentscheidung.
3. die Verwaltung mit der haushaltstechnischen Umsetzung sowie anschließenden Kostenabrechnung zu beauftragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25.2. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Erklärung der Stadt Landau zur Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten im Rahmen ihrer Position als Sicherer Hafen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 24. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 25 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25.3. (öffentlich)

Ergänzungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bereitstellung von Zimmern und Wohnungen für Geflüchtete aus der Ukraine

Der Vorsitzende verwies auf den Ergänzungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 1. März 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 25 verwiesen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsführung in der Hindenburgstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Rocker begründete den Antrag. Man wolle und könne sich nicht zufrieden geben mit der aktuellen Verkehrssituation in der Hindenburgstraße. Grundsätzlich begrüße sie die progressive Verkehrspolitik der letzten Jahre, um den Radverkehr attraktiv zu machen. Allerdings müsse man auch die Fußgänger im Blick behalten und diese entsprechend schützen. In der Hindenburgstraße habe man mit dem Max-Slevogt-Gymnasium und dem Zoo schützenswerte Bereiche. Dort allerdings sei das Überqueren der Straße gerade in Stoßzeiten unmöglich. Man sehe nach wie vor eine Tempo 30-Regelung als die beste Option. Außerdem halte sie nach wie vor einen Kreisel am Zooeingang für eine sinnvolle Lösung.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in den Mobilitätsausschuss zu verweisen und dort zu beraten.

Beigeordneter Hartmann erläuterte, dass sich seit den Beratungen im letzten Jahr an den Grundlagen nichts geändert habe. Eine Tempo 30-Zone sei ein Merkmal für Wohnquartiere. Dies treffe auf die Hindenburgstraße als Zufahrtsstraße zur Stadt nicht zu. Eine streckenbezogene Tempo 30-Regelung sei aber möglich. Zur Frage eines Kreisels habe sich ebenfalls nichts geändert. An einer T-Kreuzung, wie sie am Zooeingang vorherrsche, sei kein Kreisel möglich. Man könne keine erforderliche Breite erreichen. Auch eine Rechts-vor-Links-Regelung bleibe problematisch, da sie den Verkehr stadteinwärts nicht bremse. Für eine Überquerungshilfe brauche man eine Breite von 3,25 Meter beidseits. Im oberen Bereich der Hindenburgstraße prüfe man im Zuge des Umbaus der Bushaltestelle eine Überquerungshilfe, denn dort sei sie möglich.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung in der Hindenburgstraße wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Stellplatzsatzung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 28. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder begründete den Antrag. Mobilität verändere sich über Jahre und Jahrzehnte immer wieder. Es werde mit Car-Sharing und Bike-Sharing in Zukunft auch verstärkt geteilte Mobilitätsformen geben. Auf dieses geänderte Mobilitätsverhalten gelte es zu reagieren und eine Stellplatzsatzung zu prüfen. Dabei müsse man E-Mobilität und auch Lastenräder mitdenken. Bei einem guten ÖPNV-Konzept könnten Stellplätze bei Neubauten deutlich reduziert werden.

Der Vorsitzende erklärte für die Verwaltung, dass man diesen Prüfauftrag annehme und empfehle ihn im Mobilitätsausschuss zu beraten. Die bestehende Stellplatzrichtlinie der Verwaltung werde immer wieder an die Bedarfe angepasst.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, die Einführung einer Stellplatzsatzung zu prüfen, wird in den Mobilitätsausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Leerstand in Landau reduzieren

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 28. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Saßnowski begründete den Antrag. Es gebe in Landau und den Stadtdörfern viele Häuser und Wohnungen die leer stehen. Diesen Leerstand einfach hinzunehmen sei unsolidarisch. Man wolle heute den nächsten Schritt gehen und prüfen wie man leerstehenden Wohnraum akquirieren könne. Die Verwaltung sollte eine Analyse des Status quo machen und dem Rat Vorschläge unterbreiten, wie man dem systematischen Leerstand begegnen könne. Eine Zweckentfremdungssatzung könnte dabei ein Instrument sein.

Der Vorsitzende betonte, dass es das übergeordnete Thema sei, wie man Wohnraum schaffe. Er werde in den nächsten Wochen eine Bilanz zum Wohnungsbau der Stadt und zur Marktsituation vorlegen. Hierzu passe dieser Prüfauftrag.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck erklärte, dass die CDU-Fraktion angesichts von 2 bis 3 % Leerstandsquote kein allzu großes Potential gesehen habe. Man habe auch Befürchtungen hinsichtlich der Eigentumsrechte. Allerdings wolle man ausdrücklich alle Möglichkeiten prüfen, um dem Bedarf an Wohnraum Herr zu werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf die Fristen der Abwesenheiten und Leerstände liegen. Vor allem dürfe man auch keine Enteignungsängste schüren.

Ratsmitglied Maier sagte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dies wohlwollend begleite.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zu. Man habe in diesem Fall allerdings erhebliche Zweifel, ob dies nicht zu sehr in den Eigentumsbereich der Bürger hineingehe.

Ratsmitglied Kleemann hielt dies für einen Schritt in die richtige Richtung. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Schreiner unterstützte für die LINKE-Stadtratsfraktion diese Idee, die man für gut halte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP, geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Leerstandes in Landau zu prüfen, wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Hauptsatzung/Abschaffung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17. Februar 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Es gehe nicht darum, die Arbeit des bisherigen Beigeordneten Grassmann gering zu schätzen. Aber die Stelle müsste es so nicht geben. Er gehe aber davon aus, dass die Postenabsprache in der Koalition funktioniere und der Antrag abgelehnt werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass Personalabsprachen zu jeder Koalition gehören würden. Es gebe in unserer Verwaltung wahrlich Arbeit genug. Daher tue jede weitere Unterstützung gut.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dieser Antrag sei Show und sonst nichts.

Ratsmitglied Eggers dankte der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Gerade die Zeit der Pandemie habe gezeigt, dass viele Ämter am Limit laufen und überlastet seien. Landau sei eine wachsende und sich entwickelnde Stadt. Man stehe vor großen Herausforderungen, deshalb sei die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten richtig.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte für die FWG-Stadtratsfraktion diesen Antrag. Es gehe ausdrücklich nicht gegen die Person des zu wählenden Beigeordneten Jochen Silbernagel, sondern man lehne die Position ab.

Ratsmitglied Dr. Migl widersprach der Darstellung, dass dies ein Show-Antrag sei. Vielmehr habe der Antrag seine Berechtigung. Das kleine Dezernat des ehrenamtlichen Beigeordneten könne auf die anderen Dezernenten verteilt werden. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne es ab, dass die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten heute erneut besetzt werde. Dies habe nämlich tatsächlich etwas mit der Postenabsprache zu tun. Auch der Zeitpunkt der Neubesetzung so kurz vor der OB-Wahl sei nicht gut.

Ratsmitglied Saßnowski erwiderte, dass alle getroffenen Absprachen für jede Bürgerin und jeden Bürger nachlesbar seien.

Ratsmitglied Schreiner hielt den Antrag der SPD für sinnvoll, man unterstütze diesen.

Ratsmitglied Dr. Wissing betonte, dass es selbstverständlich und normal sei, dass in einer Koalition alle im Stadtvorstand vertreten seien. Daher halte sie den Antrag der SPD für populistisch. Die Aufgaben seien eben nicht einfach so mit zu machen.

Der Stadtrat lehnte mit 17 Ja- und 26 Nein-Stimmen:

den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Hauptsatzung zu ändern und die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten abzuschaffen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Wahl eines ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des Beigeordneten der Stadt Landau.

Er teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion Herrn Jochen Silbernagel zur Wahl vorgeschlagen habe.

Der Vorsitzende berief die Ratsmitglieder Hermann Demmerle und Moritz Haas als ältestes und jüngstes Ratsmitglied in die Stimmzählkommission.

Der Vorsitzende zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle anwesenden 42 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	42
Enthaltungen:	0
Ungültige:	0

Ja:	25
Nein:	17

Der Vorsitzende stellte fest, dass **Herr Jochen Silbernagel** somit zum **ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau in der Pfalz** gewählt ist.

Der Vorsitzende fragte Herrn Silbernagel, ob er die Wahl annehme.

Herr Silbernagel erklärte, dass er die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Ernennung des ehrenamtlichen Beigeordneten, Vereidigung, Einführung in das Amt und Übertragung des Geschäftsbereiches; Verabschiedung des bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende gratulierte Herrn Silbernagel nochmals zu seiner Wahl. Jochen Silbernagel stamme aus einem Stadtdorf und wohne in der Kernstadt. Er habe also den Blickwinkel beider Perspektiven und sei durch seine langjährige Ratstätigkeit ein Kenner der Kommunalpolitik. Er freue sich auf die Zusammenarbeit im Stadtvorstand.

Oberbürgermeister Hirsch überreichte Herrn Silbernagel die Ernennungsurkunde und ernannte ihn damit mit Wirkung vom 9. März 2022 zum ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Landau.

Herr Silbernagel legte den Amtseid ab.

Oberbürgermeister Hirsch übertrug ihm dann per Verfügung die Leitung des Dezernates IV mit den Geschäftsbereichen Zoo, Büro für Tourismus, Aufsichtsrat Vinothek und Aufsichtsrat Stadtholding.

Herr Silbernagel erklärte, dass ihm angesichts des Wahlergebnisses ein Stein vom Herzen gefallen sei. Er sei ja unverhofft zu diesem Amt des ehrenamtlichen Beigeordneten gekommen. Für ihn sei es auch eine ganz neue Perspektive. Es gebe viel arbeiten, die man anpacken müsse. Er freue sich auf das Amt und sei gespannt, was auf ihn zukomme. Seine Tür werde für alle offen stehen.

Der Vorsitzende verabschiedete den bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten, Alexander Grassmann. Er sei zweieinhalb Jahre ehrenamtlicher Beigeordneter gewesen. Davon seien 2 Jahre Krisenbewältigung gewesen, die man gemeinsam geschultert habe. Er danke ihm für seinen Einsatz, seinen Fleiß und das kollegiale Miteinander.

Herr Grassmann dankte den Mitarbeitern in der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit während seiner Amtszeit, insbesondere auch den Leitern der Bereiche für die er zuständig gewesen sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.03.2022 umfasst 40 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 296.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Jochen Silbernagel
Beigeordneter